Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 40 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Glanz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 123 — Donnerstag, den 14. Oktober 1926 — 37. Jahrgang.

Amtliches.

Die der Gewerbesteuer unterliegenden Arbeitgeber haben unaufgefordert bis zum

17. ds. Mts.

an das hiesige Stadtsteueramt Nachweisungen der nach dem Stande vom 10. d. M. im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer einzureichen. Die Nachweisungen haben die Anzahl der Arbeitnehmer — nach Wohnorten getrennt — zu enthalten.

Diese Nachweisungen werden zur Zerlegung des der Verteilung unterliegenden Betrags der Gewerbezuschlagssteuer unter die beteiligten Gemeinden gebraucht.

Naunhof, am 9. Oktober 1926. **Der Stadtrat.**

Die für hiesigen Ort auf das laufende Jahr neu aufgestellte **Schöffen- und Geschworenenurliste** sowie eine beglaubigte Abschrift der §§ 31 bis 34,84 und 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des § 24 des Sächsischen Gesetzes vom 1. März 1879, die Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 usw. enthaltend, liegen **vom 15. Oktober 1926 ab eine Woche** lang im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11, zu jedermanns Einsicht aus.

Innerhalb dieser einwöchigen Frist kann Einspruch gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste erhoben werden.

Naunhof, am 13. Oktober 1926. **Der Stadtrat.**

Freitag, d. 15. ds. Mon. vormittag 11 Uhr sollen in Naunhof im Gambrinus **1 Speisezimmer-Einrichtung, 2 Klubsessel u. 1 Schreibmaschine** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, den 14.10. 1926 — Qu. 1486, 2370/26.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kaiser Wilhelms künftiger Wohnsitz.

Eine Erklärung der holländischen Regierung.

Zu den in der Presse der verschiedensten Länder wiederholt aufgetauchten Meldungen, daß der ehemalige Deutsche Kaiser binnen kurzem nach Deutschland zurückzukehren beabsichtige, und daß mehrere ausländische Regierungen aus diesem Grunde bei der niederländischen Regierung Schritte unternommen hätten, erfährt der Amsterdamer Berichterstatter des W. T. B. von zuständiger Stelle, daß bei der niederländischen Regierung weder von der Seite des ehemaligen Kaisers noch von seiten irgendeiner ausländischen Regierung Schritte mit Bezug auf die Möglichkeit einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unternommen worden sind.

Bei der niederländischen Regierung ist auch nichts darüber bekannt, daß der ehemalige Kaiser aus Gesundheitsrücksichten Haus Doorn verlassen möchte. Insbesondere entspreche es keineswegs den Tatsachen, daß der ehemalige Kaiser oder Beauftragte desselben irgendeine Unterredung mit dem niederländischen Minister des Innern gehabt haben. In amtlichen holländischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß der Kaiser selbst einer Rückkehr nach Deutschland abgeneigt ist.

Die Gerüchte von einer baldigen Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland sind in letzter Zeit vor allem dadurch entstanden, daß nach § 7 des Abfindungsgesetzes dem ehemaligen Kaiser und seiner Gemahlin das Schloß Homburg v. d. Höhe auf Wunsch zu Wohnzwecken überlassen bleiben muß. Im Preußischen Landtag ist bei Beratung des Gesetzes sowohl vom Finanzminister wie auch vom Ausschußberichterstatter darauf hingewiesen worden, daß diese Bestimmung nur einen theoretischen Wert habe und lediglich für die Gemahlin des Kaisers in Frage käme.

Verringerung der Rheinbesatzung?

Konferenzen in Paris.

Der Generalstab der französischen Rheinarmee hat dem Kriegsministerium in Paris einen Bericht vorgelegt, worin die Verminderung der Besatzungsstärke um abermals ein Armeekorps vorgeschlagen wird. Es blieben dann noch zwei Armeekorps mit drei oder vier Divisionen im Rheinland. Gleichzeitig soll auch die noch im besetzten Gebiet stehende selbständige Kavalleriedivision nach Frankreich zurückverlegt werden. In Paris finden bereits zwischen den in Frage kommenden Persönlichkeiten Verhandlungen über die Herabsetzung der Besatzungsstärke statt. Angesichts der letzten Zwischenfälle in der Pfalz scheint es aber, daß weiterhin alle Garnisonen in der Pfalz bestehenbleiben sollen.

Den deutschen amtlichen Stellen liegt bisher keine Mitteilung über die in der französischen Presse erwähnte Verminderung der Rheinlandbesatzung um ein Armeekorps vor. Nach den deutschen Schätzungen ist vom Juni bis September die Rheinlandbesatzung um rund 4700 Mann vermindert worden. Ebenfalls nach deutschen Schätzungen befinden sich jetzt noch im Rheinland 79 000 Mann Besatzungstruppen, und zwar 64 000 Franzosen, 8000 Engländer und 7000 Belgier.

Hohenzollernvergleich im Preuß. Landtag

Einmischung der Tribüne.

tu. **Berlin, 12. Oktober.**

Auch heute wurde das Preußenhaus zum Schauplatz ungewöhnlicher Szenen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Vergleichs mit der Hohenzollernfamilie. Die kommunistische Fraktion beginnt ihre Taktik vom Montag, durch unaufhörlich folgende Anträge zur Tagesordnung und zur Geschäftsordnung, Protesterklärungen und Dauerreden die Abwicklung der Tagesordnung zu verhindern. Sie kündigte außerdem die schärfsten Obstruktionsmittel bei dieser Vorlage an. Der Reihe nach beantragte sie sofortige Behandlung der Erwerbslosenfrage, Aussetzung der Beratung der Hohenzollernvorlage um vier Wochen, Auflösung des Landtags, Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung usw. Alle Anträge wurden abgelehnt oder als geschäftsordnungsmäßig unzulässig bezeichnet.

Der demokratische Abg. **Falk** will bei Eintritt in die eigentliche Tagesordnung den Bericht über die Arbeiten des Hauptausschusses erstatten. Die Kommunisten unterbrechen ihn mit furchtbarem Lärm und einem Hagel von Zurufen. Der Demokrat Riedel begibt sich zur Unterstützung seines Fraktionsgenossen zum Präsidenten, um diesen zu bitten, von seinen Machtmitteln Gebrauch zu machen und die das Pult umlagernden Kommunisten zur Rückkehr auf ihre Plätze zu bewegen.

Als Riedel vom Präsidentenstuhl zu seinem Platz zurückkehrte, sprangen ihm einige Kommunisten entgegen und warfen die schweren, auf dem Tisch des Hauses liegenden Aktenbände gegen ihn. Der Präsident erteilte Ordnungsrufe und schloß den Kommunisten **Kellermann** von der Sitzung aus, der ein schweres Drucksachenstück gegen die Rechte des Hauses geschleudert hatte. Es entsteht rasender Tumult.

Zahlreiche Rufe aus dem Hause erschallen: „Raus mit den Kommunisten!" Nun greifen Tribünenbesucher ein und rufen: „Hierbleiben, hierbleiben!" Der Präsident hebt die Sitzung auf und gibt Auftrag zur Räumung der Tribünen. Von den Tribünen werden heftige kommunistische Ansprachen in den Saal gehalten. Die kommunistischen Abgeordneten im Saale fallen mit Händeklatschen ein und bringen ein dreimaliges Hoch auf die Internationale aus. Im Saal und auf den Tribünen herrscht minutenlang ohrenbetäubender Lärm. Der Abg. Casper (Komm.) geht auf die Rednertribüne und gießt ein Glas Wasser gegen die Abgeordneten der Rechten aus, worauf er sich der Präsidentenglocke bemächtigt und heftig läutet. Die Glocke wird ihm von einigen Dienern abgenommen, worauf er nach einem Tintenfaß greift, das ihm ebenfalls entwunden wird. Vizepräsident Dr. Porsch redet vergeblich auf die kommunistischen Abgeordneten ein.

Langsam werden die Tribünen geräumt, nachdem die kommunistischen Zuhörer nochmals ein Hoch auf die Weltrevolution ausgebracht hatten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bestritt Abg. Gohlke (Komm.) auf Vorhalt des Präsidenten Bartels, daß er auf die Publikumstribünen gegangen sei und das Publikum aufgefordert habe, die Anordnungen des Präsidenten nicht zu beachten.

Ausschußberichterstatter Dr. **Falk** (Dem.), der nun das Wort zur Fortsetzung seines Berichtes erhält, erinnert dann an die Erklärung des Vertreters des ehemaligen Königshauses, daß der ehemalige König von seinem in der Vorlage niedergelegten Wohnrecht in Deutschland niemals Gebrauch machen werde.

Nach Ablehnung des jetzt zur Abstimmung kommenden Antrages der Kommunisten, die Vorlage um vier Wochen zu vertagen, entsteht wieder lebhafter Skandal, ebenso bei weiteren

Deutsche Minister in der Tschechoslowakei

Ein deutsch-tschechisches Kabinett.

Arbeitsminister und Justizminister Deutsche.

In Prag ist nach dem Rücktritt der Beamtenregierung Czerny vom Ministerpräsidenten Svehla ein neues Kabinett aus zehn Abgeordneten und vier Beamten gebildet worden, in dem zum erstenmal zwei Deutsche vertreten sind, und zwar wird der Abg. Prof. Spina das Arbeitsministerium und der Abg. Prof. Mayr-Harting das Justizministerium erhalten. Von der früheren Beamtenregierung bleiben der bisherige Ministerpräsident Czerny als Innenminister, der Finanzminister Dr. Engliſch, der Handelsminister Veronika und der Außenminister Dr. Benesch im neuen Kabinett.

Der neue Arbeitsminister, der Abgeordnete des Bundes der Landwirte und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Universitätsprofessor Dr. Franz Spina, ist im Jahre 1868 in Türnau in Mähren geboren, studierte germanische und slawische Philologie und war als Mittelschullehrer tätig. Er habilitierte sich sodann an der Deutschen Philosophischen Fakultät in Prag und wurde nach dem Umsturz zum ordentlichen Professor der tschechischen Sprache und Literatur ernannt. Als Parlamentarier ist Dr. Spina seit den ersten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1920 tätig. Im Jahre 1925 wurde er wiedergewählt und wurde Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.

Der neue Justizminister, der Abgeordnete der Christlichsozialen Volkspartei Dr. Robert Mayr-Harting, entstammt einer Tiroler Beamtenfamilie und wurde im Jahre 1874 in Wien geboren. Er absolvierte die Juristische Fakultät in Wien und trat in die Dienste des österreichischen Justizministeriums. Im Jahre 1904 wurde er Professor an der Universität in Tschernowitz und kam im Jahre 1909 an die Juristische Fakultät der Deutschen Universität in Prag, wo er römisches und bürgerliches Recht lehrt. Er ist Ehrendoktor der Universität Padua und Vorsitzender des ständigen Deutschen Juristentages in der Tschechoslowakei.

Politische Möglichkeiten.

Die Entwicklung, die jetzt dazu geführt hat, daß deutsche Minister in das tschechoslowakische Kabinett eintraten, kommt nicht ganz überraschend. In der Tschechoslowakei kämpften ja bisher die drei Nationalitäten, nämlich die Deutschen, die Tschechen und die Slowaken, im Prager Parlament aufs heftigste gegeneinander und das Zahlenverhältnis war so, daß die zusammenarbeitende Opposition, nämlich die Deutschen und die Slowaken, durch ihre Stärke der tschechischen Mehrheit sehr erhebliche Schwierigkeiten bereiten konnte, um so mehr, weil es auch innerhalb dieser tschechischen Mehrheit an heftigen Streitigkeiten durchaus nicht fehlte. Das Bild dieses Parlaments sieht bunt genug aus, da es bei seinen 294 Abgeordneten nicht weniger als zwanzig Parteien hat.

Trotz der energischen Tschechisierungspolitik, die von Prag aus betrieben wurde, ist es aber auch unter den Deutschen nicht gelungen, die Einigkeit zu wahren. Während es früher allerdings nur so lag, daß sich die Sozialdemokraten von dem deutschen Block fernhielten, spaltete sich dieser Block allmählich in die Richtung der Aktivisten, die eine Rettung des Deutschtums nur von dem Versuch einer Zusammenarbeit mit den Tschechen erhofften, zum Teil auch durch wirtschaftliche Gründe beeinflußt wurden, und die Richtung der Passivisten, die eine solche Zusammenarbeit unbedingt ablehnten. Übrigens kam es den alten deutschen Traditionen des früheren Habsburger Reiches getreu zu sehr erheblichen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Führern.

Auf tschechischer Seite war man wohl auch deswegen zu einem gewissen parlamentarischen Entgegenkommen bereit, weil dort die Differenzen zwischen den Führern wohl noch größere sind als bei den Deutschen. Außerdem ist es gelungen, auch auf der slowakischen Seite ein gewisses Entgegenkommen zu erzielen, weil die Slowakische Volkspartei zwar nicht in die Regierung eintreten soll, wohl aber Anstalten macht, vom Standpunkt der scharfen Opposition abzugehen. Gerade mit dieser Partei aber hatte die verflossene tschechische Regierung einen überaus heftigen Konflikt, der zu einer Verurteilung des Führers der Slowaken, des Prälaten Dr. Hlinka, führte. Er konnte aber ins Ausland fliehen. In diesem Fall wird wohl das jetzige Kabinett eine Revision eintreten lassen.

Dr. Mayr-Harting. — Prof. Spina.

Es sind die beiden stärksten deutschen Parteien, die jetzt ihre Vertreter in die neue Regierung entsandt haben, nämlich der deutsche Bund der Landwirte, also eine Agrarpartei, und die deutsche Christliche Soziale Partei, deren Charakter etwa dem des deutschen Zentrums entspricht. Die weiter rechtsstehenden deutschen Parteien sind ebenso draußen geblieben wie die deutsche Sozialdemokratische Partei, die außerdem schärfste Opposition ankündigt, weil das neue Kabinett ein rein bürgerliches, vor allem aber ein rechtsgerichtetes Aussehen habe.

Ob der Schritt jener beiden Parteien, der zu einer Vertiefung der parteipolitischen Gegensätze zwischen den Deutschen führen kann, berechtigt war, kann natürlich erst die Zukunft lehren. Es hängt alles davon ab, welche Zusagen man für die Regierungsbeteiligung erhalten hat im Interesse der Erhaltung des Deutschtums und ob und inwieweit diese Zusagen nun gehalten werden. Die beiden Ministerien, die man den Deutschen eingeräumt hat, sind fachlicher Natur; ob diese beiden Minister also in dem vierzehnköpfigen Kabinett im Sinne der Erfüllung etwaiger Zusagen genügenden Einfluß ausüben können, ist heute noch nicht zu beurteilen. Gerade die hierfür entscheidenden Ministerien sind in der Hand von tschechischen Ministern, die bisher nach dieser Richtung hin eine überaus drastische Politik verfolgt haben.

Es ist also ein Versuch, die Dinge auf ein anderes Gleis zu schieben, ein Versuch, der auch angesichts der ganzen außenpolitischen Haltung der Tschechoslowakei mit ihrem stark antideutschen Charakter möglicherweise ein erfolgloser Versuch bleiben wird. Immerhin wird das Streben der Sudetendeutschen, durch diese Entwicklung ihre nationale und kulturelle Selbständigkeit wiederzuerringen, neue Antriebe erhalten, und ebenso die Idee zu einer Bewegungsfreiheit, wie sie dem Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspricht.